

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0081/2017/BV

Datum:
02.03.2017

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:
Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Betreff:

**Verkehrsberuhigungskonzept für den Kernbereich der
Altstadt und Bürgerbeteiligungskonzept**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 24. Mai 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Altstadt	21.03.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	05.04.2017	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	18.05.2017	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bezirksbeirat Altstadt und der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgende Beschlüsse:

- 1. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Kernbereich der Altstadt soll ein Verkehrsberuhigungskonzept mit den damit verbundenen Anpassungen des Verkehrsnetzes entwickelt werden.*
- 2. Die Bürgerinnen und Bürger werden entsprechend dem nachfolgend aufgeführten Beteiligungskonzept in die Erarbeitung einbezogen.*

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Die Kosten für die Erstellung des Verkehrsberuhigungskonzepts inklusive Bürgerbeteiligung (Schätzung) betragen voraussichtlich	ca. 80.000 €
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
Für die Erstellung des Verkehrsberuhigungskonzepts sind im Doppelhaushalt 2017/18, Teilhaushalt 81, in 2017 Mittel vorhanden.	<u>80.000 €</u>

Zusammenfassung der Begründung:

Für den Kernbereich der Altstadt soll mit Beteiligung der Öffentlichkeit ein Verkehrsberuhigungskonzept entwickelt werden. Hierfür soll ein Gutachten erstellt werden.

Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 21.03.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Altstadt vom 21.03.2017

5.1 Verkehrsberuhigungskonzept für den Kernbereich der Altstadt und Bürgerbeteiligungskonzept Beschlussvorlage 0081/2017/BV

Der Vorsitzende Herr Schmidt führt kurz in die Thematik ein.

Bezirksbeirat Guntermann meldet sich anschließend zu Wort und erläutert, seiner Meinung nach sollte:

- die Bürgerbeteiligung nicht – wie in der Vorlage angedacht – mittels eines Arbeitskreises (AK) durchgeführt werden, sondern im Rahmen eines Koordinationsbeirates.
- die Anzahl des Teilnehmerkreises deutlich reduziert werden.
- die Institutionen DHL Paket GmbH und BIEK (biek.de) nicht über das verkehrspolitische Geschehen in Heidelberg entscheiden und daher nicht im AK vertreten sein.

Die Vorsitzende des Vereins Alt-Heidelberg, Frau Dr. Werner-Jensen, schließt sich dieser Aussage an und ergänzt, es sollte die Möglichkeit bestehen, dass jeder Hauptteilnehmer – im Falle einer Verhinderung – einen Vertreter entsenden könne.

Frau Bayer vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik erklärt hierzu, man habe sich viele Gedanken bezüglich des Konzeptes zur Bürgerbeteiligung gemacht und auch darüber nachgedacht, ob ein Koordinationsbeirat erforderlich sei. Man sei jedoch zu dem Ergebnis gekommen, dass ein solcher überdimensioniert wäre.

Bezirksbeirat Guntermann stellt anschließend folgende **Anträge**:

Antrag 1:

Als Kompromiss soll der Arbeitskreis nach den Regeln eines Koordinationsbeirates zusammengesetzt sein und öffentlich tagen.

Die Institutionen DHL Paket GmbH und BIEK (biek.de) sollen nicht im Arbeitskreis vertreten sein.

Die Institutionen Handelsverband Nordbaden, DEHOGA Baden-Württemberg e. V, IHK Rhein-Neckar, Kreishandwerkerschaft Rhein-Neckar, Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald sollen sich auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Institutionen Heidelberg Marketing GmbH und Pro Heidelberg Citymarketing e. V. sollen sich ebenfalls auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Entsendung eines Vertreters soll ermöglicht werden.

Antrag 2:

Die Aussage hinsichtlich des Kernbereichs der Altstadt soll wie folgt geändert werden:

Der Kernbereich der Altstadt ist begrenzt durch die B 37, das Karlstor, die Sofienstraße und die Zufahrt zum Schloss.

Unter **Einbeziehung der Anträge** lässt der Vorsitzende Herr Schmidt anschließend über den **Beschlussvorschlag der Verwaltung** abstimmen.

Beschlussvorschlag des Bezirksbeirates Altstadt (Ergänzung **fett** markiert):

Der Bezirksbeirat Altstadt empfiehlt dem Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. *Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Kernbereich der Altstadt (**begrenzt durch die B 37, das Karlstor, die Sofienstraße und die Zufahrt zum Schloss**) soll ein Verkehrsberuhigungskonzept mit den damit verbundenen Anpassungen des Verkehrsnetzes entwickelt werden.*
2. *Die Bürgerinnen und Bürger werden entsprechend dem nachfolgend aufgeführten Beteiligungskonzept in die Erarbeitung einbezogen.*
3. *Der Arbeitskreis wird nach den Regeln eines Koordinationsbeirates zusammengesetzt und öffentlich tagen.*

Die Institutionen DHL Paket GmbH und BIEK (biek.de) sind nicht im Arbeitskreis vertreten.

Die Institutionen Handelsverband Nordbaden, DEHOGA Baden-Württemberg e. V, IHK Rhein-Neckar, Kreishandwerkerschaft Rhein-Neckar, Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald müssen sich auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Institutionen Heidelberg Marketing GmbH und Pro Heidelberg Citymarketing e. V. müssen sich ebenfalls auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Entsendung eines Vertreters ist möglich.

gezeichnet

Hans Joachim Schmidt
Vorsitzender

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Ergänzung

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 05.04.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 05.04.2017

10 Verkehrsberuhigungskonzept für den Kernbereich der Altstadt und Bürgerbeteiligungskonzept

Beschlussvorlage 0081/2017/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Rothfuß, Stadtrat Föhr, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz

- Die Vorlage und das Bürgerbeteiligungsverfahren werden begrüßt. Es sei dringend notwendig, die verkehrliche Situation in der Altstadt zu verbessern.
- Der Einsatz von Pollern könne eine sinnvolle Variante darstellen, um Fußgänger und insbesondere Kinder besser zu schützen. Es gebe bereits andere Städte, die positive Erfahrungen damit hätten.
- Es sei schade, dass man dafür sorgen müsse, dass die Fußgängerzone verkehrsberuhigt werde.
- Es solle keine Vorfestlegungen geben, ob Poller zum Einsatz kämen, oder ob andere Maßnahmen ergriffen werden sollten. Man habe große Hoffnung in das Bürgerbeteiligungsverfahren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner erläutert, dass der geänderte Beschlussvorschlag aus dem Bezirksbeirat Altstadt zum Teil erheblich von dem Verwaltungsvorschlag abweichen würde. Daher erteilt er Herrn Zimmermann vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik das Wort, welcher den Vorschlag zur Beteiligung der Bürgerschaft erklärt. Dieser sei bei einem Vortreffen entsprechend der Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung mit sachverständigen Vertreterinnen und Vertretern aus dem Stadtteil sowie den in der Sache aktiven Gruppierungen abgestimmt worden. Es gab eine breite Zustimmung, lediglich ein Vertreter habe Bedenken geäußert.

Er hebt folgende wichtige Punkte nochmals hervor:

- Es gehe nicht darum Abstimmungen zu treffen, sondern es sei wichtig, dass eine Interessensvielfalt abgebildet werde. Dies sei im Verwaltungsvorschlag gegeben. Wenn wichtige Nutzer, welche auch einen Teil der Verkehrsproblematik erzeugen würden, nicht eingebunden seien, erschwere dies das Finden von Lösungen und führe womöglich auch später zu einer geringeren Akzeptanz. Er empfiehlt, die Erfahrungen und Bedürfnisse aller erkennbaren Interessen zusammenzubringen.
- Es wird davon abgeraten, dass der Arbeitskreis öffentlich tagen solle. Diskussionsbeiträge in öffentlichen Sitzungen führen häufig vorschnell zu öffentlichen Positionierungen mit bindender Wirkung, was gemeinsame Lösungen erschweren könne.
- Die Ergebnisse des Arbeitskreises würden selbstverständlich in einer öffentlichen Beteiligungsveranstaltung vorgestellt und diskutiert werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner hebt nochmals hervor, dass es hier um das Vorverfahren gehe und letztlich der Gemeinderat entscheide. Er plädiert aus den eben genannten Gründen dafür, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Stadtrat Rothfuß bemerkt, dass die Änderungen aus dem Bezirksbeirat mit großer Mehrheit beschlossen worden seien. Es sei nicht ersichtlich, warum die Institutionen DHL Paket GmbH sowie BIEK über die Verkehrssituation in der Altstadt bestimmen sollten. Er ergänzt, dass es noch weitere Änderungen gegeben habe. Diese würden den Geltungsbereich sowie die Möglichkeit, einen Vertreter zu entsenden, betreffen.

Erster Bürgermeister Odszuck gibt zu bedenken, dass ein Ausschluss der Institutionen ein großes Konfliktpotenzial darstellen könne, wenn beispielsweise Pakete in der Altstadt nicht mehr zuverlässig zugestellt werden würden. Es handele sich hierbei auch um eine Chance, zukunftsweisende Projekte mit den Akteuren besprechen zu können. Stadtrat Föhr setzt sich ebenfalls dafür ein, dass die Vielfalt der Beteiligten erhalten bleibe.

Es wird die Frage aufgeworfen, wer hinter BIEK stehen würde. Herr Zimmermann erklärt, dass es sich um den Dachverband aller anderen Paketdienste außer DHL handele. Stadträtin Spinnler schlägt vor, dass nur BIEK und nicht DHL im Arbeitskreis vertreten sein solle. Die Mehrheit der Stadträte spricht sich für den Vorschlag aus.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner sagt zu, dass die Änderungen aus dem Bezirksbeirat, welche die Begrenzung des Bereichs sowie die Entsendung eines Stellvertreters betreffen, von der Verwaltung so umgesetzt werden.

Er schlägt vor, dass über die Frage, ob DHL Paket GmbH im Arbeitskreis vertreten sein solle sowie die Frage, ob der Arbeitskreis öffentlich tagen solle, getrennt abgestimmt werde. Alle weiteren Änderungen aus dem Bezirksbeirat sollen nicht übernommen werden. Die Stadträte sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Er lässt zunächst über den Vorschlag von Stadträtin Spinnler abstimmen.

Die Institution DHL Paket GmbH ist nicht im Arbeitskreis vertreten.

Ergebnis: angenommen mit 08:06:00

Danach lässt er darüber abstimmen, ob der Arbeitskreis öffentlich tagen solle.

Der Arbeitskreis soll öffentlich tagen.

Ergebnis: abgelehnt mit 03:10:01

**Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses
(Änderungen in fett dargestellt):**

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. *Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Kernbereich der Altstadt (**begrenzt durch die B 37, das Karlstor, die Sofienstraße und die Zufahrt zum Schloss**) soll ein Verkehrsberuhigungskonzept mit den damit verbundenen Anpassungen des Verkehrsnetzes entwickelt werden.*
2. *Die Bürgerinnen und Bürger werden entsprechend dem nachfolgend aufgeführten Beteiligungskonzept in die Erarbeitung einbezogen.*

Die Institution DHL Paket GmbH ist nicht im Arbeitskreis vertreten.

Der Arbeitskreis tagt nicht öffentlich.

Die Entsendung eines Stellvertreters ist möglich.

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung und Arbeitsauftrag

Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 18.05.2017

9 Verkehrsberuhigungskonzept für den Kernbereich der Altstadt und Bürgerbeteiligungskonzept Beschlussvorlage 0081/2017/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf die Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 05.04.2017 hin.

Es melden sich zu Wort: Stadtrat Rothfuß, Stadträtin Spinnler, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Lachenauer

Stadtrat Rothfuß begründet den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2017 (Anlage 04 zur Drucksache 0081/2017/BV) und erklärt, dass an der **Einrichtung einer prozessbegleitenden Arbeitsgruppe nicht mehr festgehalten wird.**

Wir bitten um Einzelabstimmung der drei folgenden Punkte:

1. Öffentlichkeit
2. paritätische Besetzung (wie vom Bezirksbeirat Altstadt beschlossen)
3. ~~Einrichtung prozessbegleitende Arbeitsgruppe~~

Stadträtin Spinnler spricht sich für die Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 05.04.2017 aus.

Stadtrat Dr. Gradel **beantragt**

Der Arbeitskreis soll **grundsätzlich** öffentlich tagen. Der Arbeitskreis kann selbst entscheiden, ob er eine Arbeitskreissitzung auch nicht öffentlich abhält.

Er erklärt, dass die CDU-Fraktion einer paritätischen Besetzung nicht zustimmen werde.

Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz erklärt, dass der **Antrag** der Bunten Linke vom 13.05.2017 (Anlage 03 zur Drucksache 0081/2017/BV) inhaltlich im Wesentlichen mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gleichgerichtet sei.

Der Gemeinderat möge beschließen:

- Der Arbeitskreis tagt öffentlich.
- Der Arbeitskreis wird paritätisch mit Bürgern/Vertretern von Bürgerorganisationen und Vertretern von Institutionen/Vertretern der Stadt besetzt.
- Minderheitspositionen bei der Erarbeitung des Verkehrsberuhigungskonzeptes werden dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Sollte die paritätische Besetzung nicht beschlossen werden, halte er am 3. Spiegelstrich des **Antrages** der Bunten Linke, „*Minderheitspositionen*“, fest.

Der Oberbürgermeister bittet darum, dem Antrag hinsichtlich der paritätischen Besetzung nicht zu folgen. In den Arbeitskreisen sollte keine Bipolarität aufgebaut werden. Die Verwaltung arbeite für die Bürgerschaft und der Gemeinderat sei das von der Bürgerschaft gewählte „Kontrollorgan“. Arbeitskreise würden Vorschläge erarbeiten, über die der Gemeinderat zu entscheiden habe.

Der Oberbürgermeister erklärt die Abstimmungsreihenfolge.

Auf die Frage von Stadtrat Lachenauer, wie „paritätisch“ zu definieren sei, verweist Stadtrat Rothfuß auf die **Beschlussempfehlung des Bezirksbeirates Altstadt** vom 21.03.2017:

Als Kompromiss soll der Arbeitskreis nach den Regeln eines Koordinationsbeirates zusammengesetzt sein und öffentlich tagen.

Die Institutionen DHL Paket GmbH und BIEK (biek.de) sollen nicht im Arbeitskreis vertreten sein.

Die Institutionen Handelsverband Nordbaden, DEHOGA Baden-Württemberg e. V, IHK Rhein-Neckar, Kreishandwerkerschaft Rhein-Neckar, Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald sollen sich auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Institutionen Heidelberg Marketing GmbH und Pro Heidelberg Citymarketing e. V. sollen sich ebenfalls auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Entsendung eines Vertreters soll ermöglicht werden.

Der Oberbürgermeister ruft wie folgt zur Abstimmung auf:

I. Aus den Anträgen von Bündnis 90/Die Grünen und von der Bunten Linke:

Der Arbeitskreis soll öffentlich tagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 14 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen

II. Antrag von Stadtrat Dr. Gradel

Der Arbeitskreis soll **grundsätzlich** öffentlich tagen. Der Arbeitskreis kann selbst entscheiden, ob er eine Arbeitskreissitzung auch nicht öffentlich abhält.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen mit 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

III. Antrag Bündnis 90/Die Grünen Ziffern 1 und 2 auf der Grundlage der **Beschluss-empfehlung des Bezirksbeirates Altstadt vom 21.03.2017**

Als Kompromiss soll der Arbeitskreis nach den Regeln eines Koordinationsbeirates zusammengesetzt sein ~~und öffentlich tagen.~~

Die Institutionen DHL Paket GmbH und BIEK (biek.de) sollen nicht im Arbeitskreis vertreten sein.

Die Institutionen Handelsverband Nordbaden, DEHOGA Baden-Württemberg e. V, IHK Rhein-Neckar, Kreishandwerkerschaft Rhein-Neckar, Handwerkskammer Mannheim Rhein-Neckar-Odenwald sollen sich auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Institutionen Heidelberg Marketing GmbH und Pro Heidelberg Citymarketing e. V. sollen sich ebenfalls auf einen gemeinsamen Vertreter einigen.

Die Entsendung eines Vertreters soll ermöglicht werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt bei 14 Ja-Stimmen

IV. 3. Spiegelstrich des Antrages der Bunten Linke:

Minderheitspositionen bei der Erarbeitung des Verkehrsberuhigungskonzeptes werden dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 16 : 22 : 5 Stimmen

V. Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 05.04.2017:

1. *Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Kernbereich der Altstadt (**begrenzt durch die B 37, das Karlstor, die Sofienstraße und die Zufahrt zum Schloss**) soll ein Verkehrsberuhigungskonzept mit den damit verbundenen Anpassungen des Verkehrsnetzes entwickelt werden.*
2. *Die Bürgerinnen und Bürger werden entsprechend dem nachfolgend aufgeführten Beteiligungskonzept in die Erarbeitung einbezogen.*

Die Institution DHL Paket GmbH ist nicht im Arbeitskreis vertreten.

Der Arbeitskreis tagt nicht öffentlich.

Die Entsendung eines Stellvertreters ist möglich.

Abstimmungsergebnis: beschlossen bei 2 Enthaltungen

Beschluss des Gemeinderates:

1. *Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Kernbereich der Altstadt (**begrenzt durch die B 37, das Karlstor, die Sofienstraße und die Zufahrt zum Schloss**) soll ein Verkehrsberuhigungskonzept mit den damit verbundenen Anpassungen des Verkehrsnetzes entwickelt werden.*
2. *Die Bürgerinnen und Bürger werden entsprechend dem nachfolgend aufgeführten Beteiligungskonzept in die Erarbeitung einbezogen.*
3. *Die Institution DHL Paket GmbH ist nicht im Arbeitskreis vertreten.*
4. *Der Arbeitskreis tagt grundsätzlich öffentlich, kann aber selbst entscheiden, ob er eine Arbeitskreissitzung auch nicht öffentlich abhält.*

gezeichnet
Prof. Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen mit Änderungen
Enthaltung 2

Begründung:

1. Hintergrund

Mit der Drucksache 0054/2016/BV beschloss der Gemeinderat am 23. März 2016 die Durchführung eines Sicherheitsaudits rund um Schulen, Kindergärten, Spielplätze und Senioreneinrichtungen. Zusätzlich wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen und zu berichten, wie sich eine Installation von versenkbaren Pollern in der Altstadt verwirklichen lässt. Da diese Maßnahme weitreichende Folgen hat, ist dieser Prüfauftrag nur mit einer umfangreichen verkehrlichen Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen.

Zwischenzeitlich hat der Gemeinderat im Rahmen der Drucksachen 0397/2016/BV am 1. Dezember 2016 das Projekt „Gutachten zum Setzen von automatischen Pollern in der Altstadt und Anpassung des Verkehrsnetzes“ in seine Vorhabenliste aufgenommen und vorgesehen, dass dazu eine Bürgerbeteiligung durchgeführt wird. Das aktualisierte Vorhabenblatt trägt nun den Titel „Verkehrsberuhigungskonzept für die Altstadt“.

2. Verkehrsberuhigungskonzept für den Kernbereich der Altstadt

Vor diesem Hintergrund soll nun für den Kernbereich der Altstadt (begrenzt durch die B37, Friedrich-Ebert-Anlage und Sofienstraße) ein Konzept zur Verkehrsberuhigung und die damit verbundenen Anpassungen des Verkehrsnetzes zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erarbeitet werden. Ein Gutachten soll Möglichkeiten der Verkehrslenkung prüfen und bewerten z. B. die Anpassung der Einbahnstraßen, Netzunterbrechungen, die Einrichtung/Anpassung von Fußgängerzonen und die Verbesserung der Abwicklung der Lieferverkehre. Dabei soll auch die Frage, ob und wo an den Zufahrtsstraßen zur Altstadt versenkbare Poller sinnvoll sind, thematisiert werden. Bei der Konzeption wird es darum gehen, wie durch infrastrukturelle Maßnahmen die Festlegungen aus der Altstadtsatzung besser umgesetzt werden können.

3. Konzept zur Bürgerbeteiligung

Gemäß der Satzung über Verfahrensregeln für Bürgerbeteiligung bei Vorhaben im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats wurden das nachfolgend dargestellte Beteiligungskonzept und die Besetzung des Arbeitskreises am 26.01.2017 in einem Vorgespräch mit sachverständigen Vertreterinnen und Vertretern aus dem Stadtteil sowie mit in der Sache aktiven Gruppierungen, Initiativen und Vereinen abgestimmt. Der Diskussionsverlauf ist dem als Anlage 01 beigefügten Protokoll des Vorgesprächs zu entnehmen.

Das vorgeschlagene Beteiligungskonzept, das aufgrund der Ergebnisse dieses Vorgesprächs noch einmal überarbeitet wurde, sieht die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertretungen der wichtigsten Interessensgruppen vor. Dazu soll ein Arbeitskreis eingerichtet werden, der mit fachlicher Unterstützung des Amtes für Verkehrsmanagement und externer Unterstützung durch ein Verkehrsgutachterbüro einen Vorschlag für ein entsprechendes Konzept und der damit verbundenen Anpassung des Verkehrsnetzes erarbeiten soll. Ein Moderationsbüro begleitet diesen Prozess.

3.1. Beteiligungsgegenstand

Beteiligungsgegenstand ist ein Entwurf des Verkehrsberuhigungskonzepts für die Altstadt; konkret gibt es im Rahmen der Konzeption folgende Beteiligungsgegenstände:

- Anpassungen des Verkehrsnetzes
- Setzen von versenkbaren Pollern
- Lieferverkehr (City-Logistik-Konzept)

Der ruhende Verkehr ist lediglich unter dem Sicherheitsaspekt Beteiligungsgegenstand. Die bestehenden Regelungen zum Parken in der Altstadt sind dagegen nicht Beteiligungsgegenstand.

3.2. Bausteine der Bürgerbeteiligung gemäß der Leitlinien der Bürgerbeteiligung

Die Anregungen beim Vorgespräch zur Abstimmung des Beteiligungskonzeptes aufgreifend, wird für die letzte Maiwoche 2017 eine öffentliche Auftaktveranstaltung geplant. Dazu sollen als Vortragende möglichst zwei externe Experten hinzugezogen werden.

Wesentlicher Baustein der Bürgerbeteiligung ist der Arbeitskreis, der sich aus Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertretungen der wichtigsten Interessensgruppen zusammensetzt. Insgesamt sind fünf Sitzungen des Arbeitskreises vorgesehen sowie eine öffentliche Veranstaltung zwischen der vierten und fünften Sitzung des Arbeitskreises. Die erste Arbeitskreissitzung ist am 1. Juni 2017 geplant. Der Arbeitskreis soll bis Anfang 2018 eine Empfehlung erarbeiten. Danach soll die Empfehlung dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegt werden.

Das detaillierte Beteiligungskonzept sowie die Besetzung des Arbeitskreises sind der Anlage 02 zu entnehmen.

Beteiligung des Beirates von Menschen mit Behinderungen

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen wird zu den zwei öffentlichen Veranstaltungen eingeladen und bei der abschließenden Beschlussvorlage eingebunden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: + / - **Ziel/e:**
(Codierung) berührt:
Mo 2 Minderung der Belastungen durch den motorisierten Verkehr
Begründung:
Verbesserung der Verkehrssituation und Erhöhung der Verkehrssicherheit
Ziel/e:
Umsetzung der Festlegungen aus der Altstadtsatzung durch infrastrukturelle Maßnahmen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Dokumentation/Protokoll des Vorgesprächs zur Bürgerbeteiligung
02	Beteiligungskonzept und Besetzungsvorschlag für den Arbeitskreis
03	Sachantrag der Bunte Linke vom 15.05.2017